

**Vorhaben Nr.:** 4.0036

**Titel:** Ordnung der Sicherheitsrelevanten Berufe

**Wesentliche Ergebnisse und Veröffentlichungen:** Eine Veröffentlichung als Wissenschaftliches Diskussionspapier ist im Herbst geplant.

**Auftrag/Ziel:**

Aufgrund der **Weisung des BMBF** vom 23.01.1997 ist das BIBB beauftragt worden, weitere Klärungen herbeizuführen, um eine Rahmenentscheidung zur Ordnung von Aus- und Fortbildung in dieser Branche zu ermöglichen. Dazu soll eine Befragung bei den Verbänden, Organisationen und ausgewählten Betrieben der Branche durchgeführt werden.

Für die Befragung wurde ein **Konzept** aufgrund der Weisung entwickelt. An das Institut für Medien und Kommunikation (IMK) wurde ein **Auftrag zur Befragung** „Sicherheitsrelevante Berufe“ vergeben.

**Durchführung der Befragung:**

Ein Forschungsauftrag wurde vergeben. Auf der 1. Fachbeiratssitzung wurde das Befragungskonzept beraten und die **Auswahl der Interviews** festgelegt. Vorgesehen war, daß der Auftragnehmer 20 Interviews und das BIBB 10 Interviews bei Verbänden, Organisationen und ausgewählten Betrieben der Branche durchführen sollte.

**Ergebnisse:**

Auf der 2. Fachbeiratssitzung wurde der **Befragungsbericht** präsentiert und beraten. Das Ergebnis des Berichts, daß sowohl Ausbildung (wenn auch mit Einschränkungen) wie auch Fortbildung notwendig und möglich wäre, wurde positiv bewertet. Nicht alle Aufgaben des Gewerbes sollen allerdings abgedeckt werden.

Nun soll eine kleine Gruppe von Sachverständigen (je 4 Sachverständige der Sozialpartner unter Federführung des BIBB) einen **Qualifikationskatalog-Vorschlag** erarbeiten, der dann zusammen mit dem Abschlußbericht den Beteiligten zugesandt wird. Damit wird dieses Vorhaben seinen Abschluß finden. Die 1. Sitzung dieses Gremiums hat am 26.06.1998, zwei weitere Sitzungen haben am 20.08. und 03.09.1998 stattgefunden.

Das Bundesministerium hat die Ergebnisse als gute Grundlage für künftige Entscheidungen über Ausbildungs- und Fortbildungsordnungen in diesem Bereich entgegengenommen. Die Sozialpartner sind aufgefordert, ihre diesbezügliche Meinungsbildung untereinander abzustimmen und entsprechende Regelungsanträge an die zuständigen Ministerien zu stellen.